



Österreichisches Institut für Internationale Politik
Austrian Institute for International Affairs

Religion, Geld und Allianzen - Wie Parteiinteressen die Außenpolitik der Türkei leiten

Cengiz Günay, Lena Maria Fruth, Caroline Sariciftci



Zusammenfassung

Die Türkei durchläuft seit einigen Jahren einen Prozess der Autokratisierung mit demokratischer Zustimmung. Dieser ist durch eine Verengung der demokratischen Freiheiten und Möglichkeiten, die Umfärbung staatlicher Institutionen, der Begünstigung von regierungsnahen Unternehmer:innen sowie die zunehmende Personalisierung der Macht in den Händen von Präsident Recep Tayyip Erdoğan gekennzeichnet. Einen Höhepunkt erreichte die Autokratisierung in Folge des gescheiterten Putschversuches im Jahr 2016 und der Einführung des Präsidentsystems im Jahr 2018 in Folge eines Referendums 2017. Diese Entwicklungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Gestaltung der türkischen Außen- und Nachbarschaftspolitik. Hier kam es zu einer immer stärkeren Verwischung der Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik. Die Außenpolitik wurde zusehends zu einer Erweiterung der Innenpolitik und ist durch die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und ihres Vorsitzenden Recep Tayyip Erdoğan geleitet. Eine prononcierte Identitätspolitik positioniert Präsident Erdoğan, seine Partei und die Türkei als Fürsprecherin von unterdrückten, marginalisierten Muslim:innen in der Welt. Demnach verteidigt Präsident Erdoğan die Rechte und die Würde einer imaginierten transnationalen Umma¹ nicht nur gegenüber dem „Westen“, sondern auch den eigenen korrupten Eliten. Die Identitätspolitik geht mit knallharten wirtschaftlichen und politischen Interessen des Präsidenten bzw. seiner Partei einher. Die Kurzanalyse erläutert wie Außen- und Nachbarschaftspolitik zu einer Plattform für parteiische Interessen wurden und wie dies die Handlungsoptionen der Türkei mittel- bis langfristig einschränkt. Sie zeigt dies anhand der Politik gegenüber migrantischen Communities in Europa, Muslim:innen auf dem Balkan sowie gegenüber dem Nahen Osten auf.

Executive summary

Over the last years, Turkey has been undergoing a process of autocratization with democratic consent. This process is characterized by the narrowing of democratic spaces and liberties, the reshuffling of state institutions, preferential treatment for pro-government entrepreneurs and the growing personalization of power in the hands of President Recep Tayyip Erdoğan. Autocratization reached a peak in the wake of the failed coup attempt in 2016 and the introduction of the presidential system in 2018 after a popular referendum in 2017.

These developments have not been without impact on the shaping of foreign and neighborhood policy. There is an increased blurring of the conventional boundaries between domestic and foreign policy, as well as between the interests of the state and those of the ruling party and the president. This is par-

¹ Die Glaubensgemeinschaft der Muslim:innen

ticularly evident in policies toward the migrant diaspora in Europe, the countries of the Western Balkans and the MENA region. In this case, an identity policy is being pursued that seeks to tie in with the historical role of the Ottoman Empire as the leader of the Islamic world. President Erdoğan positions himself, his party and Turkey as the representative and advocate of oppressed, marginalized Muslims in the world. Accordingly, President Erdoğan defends the rights and dignity of an imagined transnational ummah not only against the „West“ but also against his own corrupt elites. This short analysis examines the transnationalization of Turkish-Muslim nationalism and populism and shows which interests it is based on. This is analyzed through policies toward migrant communities in Europe, Muslims in the Balkans, and the Middle East.

Keywords:

Türkei, Autokratisierung, Außenpolitik, Identitätspolitik, Präsident Erdoğan, AKP

Autor:innen

Dr. Cengiz Günay ist seit 1. April 2022 Direktor des oiip und Lektor an der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Islamismus, politische Reform, Demokratisierung, Außenpolitik und die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren. Sein regionaler Fokus liegt auf der Türkei, Ägypten und Tunesien.

Lena Fruth, MA, hat das Masterstudium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien abgeschlossen. Während ihres Studiums setzte sie ihren Schwerpunkt auf Sicherheitspolitiken im Rahmen der europäischen Außenpolitik und die Dominanz der Sicherheits-Debatten in der Entwicklungs- und Migrationspolitik. Ihr Bachelorstudium absolvierte Lena Fruth im Bereich der Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Caroline Ayşe Sarıçiftçi, BA schloss das Bachelorstudium der Transkulturellen Kommunikation an der Universität Wien ab. Im Anschluss begann sie das Masterstudium Internationale Entwicklung und Angewandte Linguistik an der Universität Wien. Im Studium der Angewandten Linguistik konzentriert sie sich vor allem auf die Bereiche der Soziolinguistik und der Diskursanalyse. Im Masterstudium der Internationalen Entwicklung beschäftigt sie sich mit den ökonomischen, historischen und politikwissenschaftlichen Aspekten der internationalen Entwicklung und legt ihren Fokus dabei auf die MENA-Region.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Währinger Straße 3/12, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2022

Autokratisierung

Die nunmehr 20 Jahre Regierungszeit der Regierungspartei AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*)² und der Person Recep Tayyip Erdoğan haben die Türkei und ihr internationales Bild wesentlich geprägt. Recep Tayyip Erdoğan und seine Partei dominieren den innenpolitischen Diskurs, prägen die Wirtschaftspolitik und leiten die außenpolitischen Geschicke des Landes. 2002 trat die AKP als eine neu gegründete liberal-konservative Kraft an, um die Türkei grundlegend zu reformieren. In der ersten Legislaturperiode 2002-2007 setzte die Regierung mit Hinblick auf den EU-Beitrittsprozess umfassende Reformen um. Ab der zweiten Legislaturperiode 2007-2011 konnte ein gradueller Wandel verzeichnet werden, der durch die schleichende Verdrängung kritischer Stimmen aus den Medien, staatlichen Universitäten, staatsnahen Unternehmen und nicht zuletzt der Partei selbst gekennzeichnet war. Die mächtige Regierungspartei wurde zusehends auf die Person Recep Tayyip Erdoğan zugeschnitten. Loyalität zu seiner Person wurde zum wichtigsten Kriterium einer Parteikarriere. Gleichzeitig wurde auch schrittweise der Staat umgebaut. Die kemalistischen Eliten in der Verwaltung und im Militär wurden systematisch entmachtet und durch parteitreue Personen ersetzt. Dies erfolgte zunächst in Zusammenarbeit mit der Gülen-Bewegung, einem islamisch-konservativen Netzwerk, angeführt durch Fethullah Gülen. Allerdings entzweiten sich die einstigen Partner. Ab Dezember 2013 kam es zu einem öffentlichen Machtkampf, der 2016 im Putschversuch kulminierte. In Folge des Putschversuchs wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, demokratische Freiheiten und grundlegende Rechte wurden eingeschränkt. Die Gülen-Bewegung wurde zur Terrorgruppe erklärt. Tausende Personen wurden auf Verdacht der Mitgliedschaft bzw. Nähe zur Gülenbewegung aus dem Staatsdienst entlassen.

2017 wurde noch unter dem Ausnahmezustand ein Referendum über eine Verfassungsänderung abgehalten. Dieses wurde mit 51,41 Prozent der Stimmen angenommen und leitete den Wechsel von einem parlamentarischen System zu einem Präsidialsystem ein. Das Präsidialsystem ist nun seit den Präsidentschaftswahlen 2018, die Recep Tayyip Erdoğan mit 52,59 Prozent bestätigten, in Kraft. Das neue System hob das Amt des Ministerpräsidenten auf und bündelte sämtlich Exekutivmacht in der Hand des Präsidenten. Da die Stellung des Parlaments geschwächt und die Autonomie unabhängiger Institutionen eingeschränkt wurde, ist der Präsident weitgehend unabhängig und nur sich selbst gegenüber verantwortlich. Das neue System führte auch zu einer Neuordnung der staatlichen Institutionen und Agenturen. Sie sind nun fast ausnahmslos alle an den Präsidenten bzw. sein Amt angeschlossen. Dies führte zu einer wesentlichen Schwächung der Ministerialbürokratie, aber auch der Minister:innen. Sie sind nicht mehr dem Parlament, sondern ausschließlich dem Präsidenten gegenüber verantwortlich. Sie können von diesem nach Belieben ein- und abgesetzt werden. Zudem hob die Verfassungsänderung jene Regelung auf, die die Parteiunabhängigkeit des Staatspräsidenten postulierte. Präsident Erdoğan kehrte gleich nach der Annahme der Verfassungsänderung in die Funktion des Parteiführers der AKP zurück (sueddeutsche.de 2018; Seufert 2019: 9).

Die Personalisierung der Macht und die zunehmend autoritäre Form des Regierens ging mit sozialen, politischen und gesellschaftlichen Ein- und Ausschlussprozessen einher. Mehr noch als Ideologie bestimmt die Loyalität zu Präsident Erdoğan Karrieren innerhalb der Regierungspartei, aber auch den Zugang zu staatlichen finanziellen Ressourcen und Posten. Während Personen im Dunstkreis der Regierungspartei vom bestehenden System wirtschaftlich profitieren, werden Oppositionelle, nicht-regierungsnahe Unterneh-

² Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung

mer:innen, Journalist:innen und Akademiker:innen systematisch ausgeschlossen, politisch ausgegrenzt bzw. sogar verfolgt.

Die Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft haben ein bislang ungeahntes Ausmaß erreicht. Die AKP unterhält ein „Patronage-Netzwerk“, das regierungsfreundlichen Geschäftsleuten und Unternehmen Vergünstigungen und Sonderregelungen anbietet und im Gegenzug deren Unterstützung erhält (dw.com 2019). Gleichzeitig ließ Präsident Erdoğan nach dem Putschversuch 2016 zahlreiche Unternehmen beschlagnahmen, die im Verdacht standen, der Gülen-Bewegung nahe zu stehen. Sie wurden meist an regierungsnahen Unternehmen reprivatisiert.

An der Spitze der wirtschaftlichen Profiteure stehen fünf Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Erfolg der AKP Regierung bzw. der Nähe zu Recep Tayyip Erdoğan verdanken. Die als „fünfer Bande“ bezeichneten Firmen Kalyon, Cengiz, Makyol und Rönesans profitieren vor allem von der Vergabe großer Infrastrukturprojekte. Bei 52 von den 55 öffentlichen Ausschreibungen, die diesen Firmen zugesprochen wurden, gab es keinen Wettbewerb (Cumhuriyet.com.tr 2022). Die Regierungspartei brachte im Frühjahr 2022 im Parlament einen Gesetzesantrag ein, der die Verwendung des Begriffs „fünfer Bande“ unter Strafe stellen soll (ebda).

Identitätspolitik

Die wachsende Autokratisierung und die Spaltung der Gesellschaft in jene, die von dem System profitieren und jene, die davon bewusst ausgeschlossen werden, prägt inzwischen auch die Außen- und Nachbarschaftspolitik. Bereiche der Außenpolitik bieten ein Feld, über das parteinahe klientelistische Netzwerke versorgt, die einheimische

Wählerschaft beeindruckt, und die internationalen, transnationalen und regionalen Interessen der AKP befriedigt werden können. Die AKP bedient sich hierfür einer Identitäts- und Symbolpolitik, die angesichts eines wachsenden Pragmatismus in vielen Politikbereichen als Ersatz für eine immer schwächer ausgeprägte ideologische Ausrichtung der Partei dient. Im Zentrum der gegenüber muslimischen Gemeinschaften und Gesellschaften im Ausland betriebenen Identitäts- und Symbolpolitik stehen die Person Recep Tayyip Erdoğan und ein konservativ-islamisches Bild der Türkei. Die Türkei mit Erdoğan an der Spitze wird in Anknüpfung an die Tradition des Osmanischen Reiches³ als eine muslimische Führungsmacht dargestellt. Dabei geht es darum, eine transnationale „globale islamische Umma“⁴ zu konstruieren bzw. sich dem Westen gegenüber als deren Vertreterin und Fürsprecherin zu positionieren (Maritato et al 2021). Diese Politik kann auch als „muslimischer Nationalismus“ bezeichnet werden, der auf einer imaginierten nationalen Gemeinschaft basiert (White 2014: 19). Allerdings sind in der Wahrnehmung nicht alle Mitglieder der Gemeinschaft gleichberechtigt. Vielmehr sollen sie sich unter der Führerschaft Tayyip Erdoğan einordnen. Präsident Erdoğan stellt sich somit indirekt in eine Reihe mit den osmanischen Sultans-Kalifen und inszeniert sich als moderner Führer der Gemeinschaft der Muslim:innen. Dieser Anspruch auf Führerschaft steht in Konkurrenz mit den Ambitionen anderer staatlicher Akteure wie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und dem Iran, aber auch nicht-staatlicher Akteure wie der Gülen Bewegung.

Allerdings sieht sich Präsident Erdoğan im Gegensatz zu seinen regionalen und internen Konkurrenten um die Führerschaft der Umma als ein durch Wahlen legitimierter politischer Führer. Er

³ Das Osmanische Reich beherrschte nicht nur den gesamten Raum des östlichen Mittelmeers, sondern sah sich auch, nicht zuletzt seit der Übernahme des Kalifats im Jahr 1517, als Vertreter der islamischen Umma (Günay 2012).

⁴ Dabei handelt es sich um ein ideelles bzw. diskursives Element, das eine grundlegende Verbundenheit zwischen Angehörigen des Islams konstruiert, die über nationalstaatliche Grenzen hinausreicht (Merdjanova 2013: 56).

stilisiert sich als eine Art Robin Hood, der sich gegen Ungerechtigkeit und die Rechte und Würde der vernachlässigten, marginalisierten Muslim:innen einsetzt. Damit wird die anti-Eliten und Klassenkampf Rhetorik der AKP im Inland zumindest diskursiv auf die außenpolitische Ebene ausgeweitet. Während Angriffe auf seine Person mit einem Angriff auf gläubige und benachteiligte Muslim:innen gleichgesetzt wird, werden Präsident Erdoğan's Macht bzw. die Stärke der Türkei diskursiv mit der Stärke der Muslim:innen in der Welt gleichgesetzt.

Als Ausdruck dieses transnationalen muslimischen Nationalismus und den Vertretungsanspruch durch die AKP gilt unter anderem Recep Tayyip Erdoğan's Rede 2011 anlässlich des Wahlsieges seiner Partei. In dieser wandte sich Erdoğan neben den türkischen Wähler:innen auch an eine transnationale Gefolgschaft. „Ich grüße mit Zuneigung die Menschen in Bagdad, Damaskus, Beirut, Amman, Kairo, Tunis, Sarajewo, Skopje, Baku, Nikosia und alle anderen befreundeten und brüderlichen Völker, die die Nachrichten aus der Türkei mit großer Spannung verfolgen.“ Er setzte fort: „Heute haben der Nahe Osten, der Kaukasus und der Balkan ebenso gewonnen wie die Türkei. Wir werden fortan stärker in regionalen und globalen Fragen aktiv werden. Wir werden eine effektivere Rolle spielen und wir werden uns so wie wir es bereits hier erreicht haben, auch in der Region für Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie einsetzen“ (Güsten 2011).

Die Form der Rechtstaatlichkeit, der Umfang der Freiheiten, die Definition der Demokratie, aber auch die Grenzen der imaginierten transnationalen muslimischen Gemeinschaft werden weitgehend von Präsident Erdoğan festgelegt. Sie sind nur beschränkt ideologisch und vor allem nach

politischem Bedarf bestimmt. Während z. B. Erdoğan sich innenpolitisch sowie auf internationaler Bühne als Fürsprecher der Palästinenser:innen bemüht, wird die Unterdrückung der Uigur:innen, eine türkisch-muslimische Ethnie, durch die chinesische Zentralregierung nicht im selben Ausmaß thematisiert.

Die Bezugnahme auf die historische Größe des Osmanischen Reiches sowie der Anspruch auf Führerschaft in der islamischen Welt, bauen zu weiten Teilen auf den Ideen und Strategien Ahmet Davutoğlu⁵ auf. Davutoğlu's Konzept der „Strategischen Tiefe“ verfolgte das Ziel, die historischen und religiösen Gemeinsamkeiten mit Staaten bzw. Gesellschaften und Gemeinschaften im Raum des ehemaligen Osmanischen Reiches zu stärken und zu pflegen. Das gemeinsame historische, kulturelle und religiöse Erbe des Osmanischen Reiches sollte als ein Instrument der Softpower eingesetzt werden. In Folge investierte die Türkei seit 2003 in die Renovierung osmanischer Bauwerke. Auch türkisches Fernsehen und Fernsehserien, Musik und Türkischkurse werden aktiv gefördert und eingesetzt. Die Stärkung der kulturellen Verbindungen sollte den wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der Region bzw. die Türkei als Regionalmacht auf internationaler Ebene fördern. Aufgrund der Orientierung auf die Einflussosphäre des ehemaligen Osmanischen Reiches und der bewussten Betonung osmanischer Elemente wird die außenpolitische Strategie Davutoğlu oftmals als Neo-Osmanismus bezeichnet (Glos und Lange 2021: 82, 85).

Parteische Außenpolitik

Die propagierte Identitätspolitik bietet einen Mantel für eine weitgehend parteische Außenpolitik. Diese ist insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 bzw. dem Übergang

⁵ Davutoğlu, ein Professor für internationale Politik diente zunächst als Berater, dann Außenminister und nach Erdoğan's Wechsel in das Amt des Staatspräsidenten als Parteivorsitzender und Premierminister, bis es

2016 zu einer Entfremdung zwischen den beiden Männern kam. 2019 trat Davutoğlu aus der AKP aus und gründete die Zukunftspartei (*Gelecek Partisi*).

zum Präsidialsystem stärker zu beobachten. Die parteipolitische Außenpolitik der AKP schließt einerseits eine Vielzahl an Akteuren im Inland aus, orientiert sich vornehmlich an den Parteiinteressen der Regierungspartei bzw. den wirtschaftlichen Interessen ihrer Klientel und ist andererseits auch gegenüber verschiedenen ethnischen, konfessionellen und politischen Gruppen im Ausland nicht neutral, sondern eben parteiisch. Die parteiische Außenpolitik der AKP hat sich somit nicht nur vom Anspruch, den Staat und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu vertreten, verabschiedet, sondern sie richtet sich auch oftmals im Ausland an nicht-staatliche Akteure.

In die parteiische Außenpolitik sind staatliche Institutionen, Agenturen, regierungsnahen Unternehmen, Medien und Personengruppen eingebunden. Staatliche Institutionen und staatsnahe Unternehmen werden auch gezielt für die Förderung von regierungsnahen Unternehmen eingesetzt.

In den letzten Jahren wurde verstärkt das *Diyanet* (das Präsidium für religiöse Angelegenheiten) ein Träger der von der AKP betriebenen Identitäts- und Symbolpolitik. Das *Diyanet* ist eine staatliche Einrichtung, die den sunnitischen Islam in der Türkei reguliert, kontrolliert und verwaltet. Zu den Aufgaben gehören der Bau und die Verwaltung von Moscheen, die Ernennung von Imamen und die Vorbereitung und Durchführung von Predigten. Seit den 1980er Jahren wurde die Rolle des *Diyanet* sukzessive ausgebaut. Die Institution begann auch in Europa durch Vereine wie DITIB in Deutschland oder ATIB in Österreich tätig zu werden. Ziel war es, türkischen Migrant:innen religiöse Dienste zugutekommen zu lassen. Gleichzeitig diente es auch dazu, den Einfluss anderer religiöser Akteure bzw. islamistischer Gruppen einzudämmen und die Ausübung des Islams zu kontrollieren und zu überwachen (Bahçecik 2020). In den nunmehr 20 Jahren der Regierung der AKP wurde das *Diyanet* mit AKP-loyalen Personen besetzt. Die Institution vertritt inzwischen eine wertkonservative Position und reiht sich in die

parteiische Außenpolitik der AKP ein. *Diyanet* betreibt über Vereine Moscheen in den verschiedensten Staaten, bietet Korankurse an, publiziert und baut und betreibt Moscheen im Ausland.

Neben dem *Diyanet* spielt auch die Türkische Kooperations- und Koordinationsagentur (TİKA), die sich vor allem mit Kultur, technischer Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe befasst, eine zentrale Rolle. Sie zählt zu den Institutionen, deren Präsenz auf dem Balkan am stärksten zu spüren ist. Seit Beginn der AKP-Jahre haben die zunehmenden Aktivitäten von TİKA dazu gedient, eine erfolgreiche Umsetzung von Softpower-Strategien und öffentlicher Diplomatie zu ermöglichen. Die Balkanregion gilt als einer der Schwerpunkte für die TİKA-Aktivitäten - nicht zuletzt, weil die TİKA durch großflächige Hilfsprojekte in den Gastländern dazu beiträgt, ein positives Image der AKP im Ausland zu konstruieren (Öztürk 2021: 146).

Die Ausrichtung der parteiischen Außenpolitik, die eingesetzten Mittel und Institutionen, sowie ihre Adressat:innen unterscheiden sich von Region zu Region.

Die parteiische Außenpolitik gegenüber migrantischen Diasporagruppen in Europa zielt darauf ab, eine aktive pro-AKP Wählerschaft zu mobilisieren. Hier werden vor allem Arbeitsmigrant:innen und ihre Nachkommen angesprochen. Der islamische Nationalismus richtet sich gegen die Verfehlungen der europäischen Regierungen hinsichtlich der Anerkennung und Wertschätzung von Migrant:innen. Diese Rhetorik spricht auch Migrant:innen aus anderen muslimischen Ländern an. Während in der Vergangenheit Armenier:innen und Griech:innen aus der Türkei im Allgemeinen ausgegrenzt und kurdische und alevitische Gemeinschaften sowie linke Organisationen kontrolliert oder unterdrückt wurden, unterstützte und mobilisierte die AKP sunnitisch-muslimische Migrant:innen, die der AKP und ihrem politischen Islam treu sind (Maritato et al 2021: 113).

Auf dem Balkan versuchen die AKP und Präsident Erdoğan sich nicht nur als durch das osmanische Erbe historisch legitimierte Vertreter des sunnitischen Islam gegenüber anderen internationalen staatlichen Akteuren wie Saudi-Arabien oder dem Iran darzustellen, sondern es geht auch um die Verdrängung von unliebsamen, nicht-staatlichen, politisch-religiösen Konkurrenten wie der Gülen Bewegung. Die türkische Regierung übt seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 und der Erklärung der Gülen Bewegung zur terroristischen Organisation massiven Druck auf die Staaten des Balkans aus, Gülen Schulen zu schließen und Gülen Getreue auszuliefern. Die Gülen-Bewegung⁶ ist seit dem Militärputsch nicht nur aus der imaginierten türkischen Gemeinschaft ausgeschlossen, sondern wird in weiterer Folge auch über die Grenzen der Türkei hinaus verfolgt. Der türkische Staat nutzt somit den transnationalen Raum gezielt, um politische Kontrolle auszuüben. Mithilfe von Überwachung, Nachrichtendiensten und Auslieferungsanträgen sollen Personen auch jenseits der eigenen Landesgrenzen kontrolliert werden (Szerencsés 2021: 194).

Im Nahen Osten wiederum richtete sich die Politik der AKP an moderat-islamistische Kräfte wie die Muslimbruderschaft in Ägypten oder in Syrien bzw. die Ennahda Partei in Tunesien. Diese Bewegungen wurden in Folge des Arabischen Frühlings als natürliche Verbündete für die regionalpolitischen Ambitionen betrachtet. Zudem erhoffte man sich, dass die Muslimbruderschaft bzw. die Ennahda Partei auch den wirtschaftlichen Interessen der pro-AKP Klientel die Türen zu den jeweiligen nationalen Märkten öffnen würden. Diese

parteiische Positionierung in der Politik gegenüber dem Nahen Osten ignoriert nicht-muslimische bzw. säkulare und liberale Gruppen.

Diasporapolitik

In den letzten 20 Jahren der AKP Regierungen wurden die Dienstleistungen des türkischen Staates und insbesondere die konsularischen Dienste im Ausland wesentlich bürgernäher gestaltet. Es kam zu einer starken Ent-Bürokratisierung. Wesentlich für die aktive Mobilisierung migrantischer Communities aus der Türkei, gilt aber die Einführung des Auslandwahlrechtes 2014. Seit 2014 können türkische Staatsbürger:innen in den Konsulaten im Ausland ihre Stimmen abgeben. Dadurch wurde die türkische Diaspora in Europa zu einem wichtigen Wähler:innenreservoir. Migrantische Wähler:innen gewinnen angesichts der hohen Polarisierung in der Türkei und der immer knapperen Mehrheitsverhältnisse aus Sicht der AKP eine zusätzliche Bedeutung. Wesentlich für die Mobilisierung sind zum einen AKP-nahe Vorfeldorganisationen und Vereine und zum anderen durch den türkischen Staat geförderte Institutionen. Themen, die die Türkei betreffen, werden regelmäßig über institutionelle Kanäle kommuniziert und den Interessen und Diskursen der AKP entsprechend geframed. In diesem Kontext wird eine kollektive Identitätsbildung gefördert, die mit den religiösen und nationalistischen Einstellungen der AKP übereinstimmt (İdil Göğüş 2018).

Das *Diyanet* ist dabei in gewisser Weise das Schlüsselement in der parteiischen Diasporapolitik der AKP. Der größte ausländische Verband

⁶ Die Gülen-Bewegung ist in den 1980er Jahren als eine der einflussreichsten muslimischen Bewegungen in der Türkei entstanden. Sie setzt auf eine feste Verankerung in der muslimischen Frömmigkeit sowie auf soziale und wirtschaftliche Mobilität. Für die AKP-Regierung spielte die Gülen-Bewegung von Anfang an eine zentrale Rolle im Machtkampf zwischen neuen muslimischen Konservativen und den alten kemalistischen Eliten. Das Bündnis zwischen Recep Tayyip Erdoğans

AKP und der Gülen-Bewegung begann 2013 zu bröckeln, und es entfaltete sich ein politischer und gesellschaftlicher Machtkampf. Insbesondere seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016, für den die AKP-Regierung Fethullah Gülen und die Gülen-Bewegung verantwortlich macht, wurden zahlreiche Gülen-nahe Institutionen in der Türkei geschlossen (siehe hierfür Dohrn 2017).

von Diyanet ist DITIB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği – The Turkish Islamic Union for Religious Affairs), der 1984 in Deutschland gegründet wurde (ditib.de). Zu den Aufgaben von DITIB in Deutschland gehören neben der Erbringung religiöser Dienstleistungen auch psychologische und familiäre Beratungsdienste, religiöse und kulturelle Bildungsangebote sowie verschiedene Freizeitaktivitäten (Öcal 2020: 4). Die Politik der AKP hat für das Diyanet und seine ausländischen Verbände einen Raum geschaffen, in dem sie auf zweierlei Weise agieren können: als Staatsapparat und als Akteur der religiösen Diplomatie (Öztürk und Sözeri 2018).

Ein Element der Diaspora-Politik ist auch die Einrichtung neuer Institutionen, die die Agenda der AKP fördern. Im Jahr 2010 gründete die AKP-Regierung das Präsidium für Türken im Ausland und verwandte Gemeinschaften - Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı (YTB). Das YTB ist eine Regierungsbehörde, die den Umgang mit türkischen Minderheiten und Diasporagemeinschaften im Ausland überwacht und koordiniert (Bahçecik 2020). YTB finanziert Forschungsarbeiten zu Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit und veröffentlicht Berichte und Informationen über rassistische Angriffe gegen die türkische Bevölkerung im Ausland (Baser und Öztürk 2020). Dadurch soll die These der systematischen Unterdrückung von Muslim:innen in Europa untermauert und die Rolle der AKP als Fürsprecherin der unterdrückten Muslim:innen legitimiert werden. Auch die pro-AKP-Organisationen UID (Union Internationaler Demokraten), ehemals die UETD (Union Europäischer Türkischer Demokraten), hat Zweigstellen in den meisten europäischen Ländern. Sie spielt eine wichtige Rolle bei der Weiterleitung von Geldern zugunsten der Regierungspartei. Die UID war auch ein wichtiges Instrument zur Überwachung und Mobilisierung der Diaspora und hat maßgeblich zur Steigerung der Wahlbeteiligung in der Diaspora beigetragen (Yabancı 2021: 156). Im Jahr 2014 organisierte die UETD die Wahlkampfveranstaltung von Recep Tayyip Erdoğan im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen

in Wien. Nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 mobilisierte die Organisation pro-AKP-Proteste. Die UID mobilisierte auch aktiv Wähler:innen für das Referendum im Jahr 2017 und, ein Jahr später, für die Präsidentschaftswahlen. Ein Teil der Wähler:innenmobilisierung umfasste den Transfer aus ländlichen Gebieten zu den Generalkonsulaten in Wien, Bregenz und Salzburg (Kurier 2017a). Als geplante Kundgebungen in Österreich, Deutschland und den Niederlanden verboten wurden, nutzte Präsident Erdoğan die Situation, um sich und die türkische Diaspora als Opfer von Islamophobie und Rassismus darzustellen.

Mit gezielten identitätspolitischen und praktischen außenpolitischen Strategien, die von einem umfangreichen institutionellen Netzwerk getragen werden, wird der Diaspora somit ein neu erlangtes Selbst- und Nationalitätsbewusstsein vermittelt. Dieses Nationalbewusstsein baut auf einem imaginierten, transnationalen Zugehörigkeitsgefühl zur Türkei auf. Als Symbol für das neu gewonnene Selbstbewusstsein stehen Recep Tayyip Erdoğan und die Türkei der AKP. Der türkische Staatspräsident ist bekannt dafür, explizit Stellung gegenüber westeuropäischen Staaten zu beziehen und europäischen Forderungen entgegenzutreten. Gleichermaßen etabliert Erdoğan eine starke Gegenposition zu Westeuropa, indem er auf die Rückbesinnung zu traditionellen, religiösen Werten setzt. Erst im Oktober 2020 rief Tayyip Erdoğan zum Boykott französischer Waren auf, nachdem der französische Staatspräsident Emmanuel Macron nach einem Lehrer-Mord einige islamische Vereine verbieten und Moscheen teils schließen ließ. Erdoğan warf ihm vor, er habe ein „Problem mit Muslimen“ und solle sich auf seinen Gesundheitszustand untersuchen lassen (Hanke 2020). Diese rhetorischen und praktischen Strategien, die die Türkei als großen, starken Führer der muslimischen Welt konzeptualisieren, finden in vielen Diaspora-Gemeinschaften angesichts einer wachsenden Islamophobie Anklang. Sie geben dem türkischen Präsidenten die transnationale Unterstützung, die er braucht, um

seine Machtposition auf nationaler und internationaler Ebene zu erhalten bzw. auszubauen.

Balkanpolitik

Der Balkan spielt für eine Identitäts-basierte türkische Außenpolitik traditionell eine zentrale Rolle. Bereits in den 1990er Jahren begann sich die Türkei auf das osmanische Erbe und die Rolle als Schutzpatronin der Muslim:innen auf dem Balkan zu berufen. Diese Politik wurde unter der AKP weitergeführt, allerdings rückten in den letzten Jahren immer stärker parteiische Interessen in den Fokus. Die parteiische Politik gegenüber dem Balkan bezieht sich vor allem auf bestimmte muslimische Gemeinschaften und Gesellschaften, mit denen die AKP bzw. Präsident Erdoğan in den letzten zwei Jahrzehnten ein enges Netzwerk aufbauten. Dabei wird Identitätspolitik durch partikulare wirtschaftliche Interessen begleitet. So baute z. B. die der AKP nahestehende Cengiz Holding eine Autobahn in Bosnien, die das Land mit Budapest im Norden und der Adria im Süden verbinden soll. Der Leiter der Auslandsaktivitäten bringt die Verknüpfung von Identitätspolitik und Wirtschaftsinteressen zum Ausdruck: „Für uns gibt es neben der strategischen Bedeutung der Autobahn auch zwei weitere wichtige Dinge. Zum einen ist es uns wichtig, dass Bosnien, ein Land, das eines der größten Leiden der Welt erlitten hat, sich wieder erholt und zum anderen, dass Europa die Stärke der türkischen Bauunternehmer anerkennt“ (Cengiz İnşaat 2022). Somit bieten der Balkan und insbesondere das Leid der bosnischen Muslim:innen im Zuge der Jugoslawien-Kriege in den 1990er Jahren einen wichtigen Referenzpunkt für den von der AKP ausgerufenen anti-imperialistischen Klassenkampf. Erdoğan bedient dabei einen Opfer-Mythos, in dem Muslim:innen als Opfer „westlicher“ Diskriminierung und Verschwörung dargestellt werden. Eine starke Präsenz auf dem Balkan dient demnach nach innen

und außen als Botschaft einer starken und wehrhaften Türkei, die sich für die Rechte der Muslim:innen in der Welt einsetzt und wenn nötig, hart gegen das hegemoniale System, repräsentiert durch die EU, auftritt. Dabei zeigt sich jedoch, dass es auch hier eine Parteilichkeit gibt. So werden die Beziehungen zu Sunnit:innen gegenüber anderen Muslim:innen in der Region bevorzugt (Öztürk und Bechev 2022).

Sarajewo als Symbol für den heroischen Widerstand von Muslim:innen wurde auch für den türkischen Präsidentschaftswahlkampf 2018 genutzt. Nachdem mehrere EU-Regierungen Wahlkampfveranstaltungen der AKP in ihren Ländern untersagt hatten, wählte die AKP Sarajewo als symbolträchtigen Veranstaltungsort in Europa. An der Wahlkampfveranstaltung in Sarajewo, die die Stärke Erdoğan demonstrieren sollte, nahmen zehntausende Menschen teil (Buyuk 2018).

Präsident Erdoğan und die AKP haben auch enge Beziehungen zu Bakir Izetbegović, dem Führer der größten muslimisch-bosnischen Partei der demokratischen Aktion (SDA), aufgebaut⁷. Die persönlichen Beziehungen spielen eine wichtige Rolle für die Beteiligung türkischer regierungsnaher Unternehmen an Infrastrukturprojekten.

Seit dem Putschversuch 2016 spielt zudem die Monopolisierung der Rolle des Schutzpatrons der sunnitischen Muslim:innen bzw. die Zurückdrängung der Gülen-Bewegung, die in der Region ein dichtes Netzwerk an Schulen betreibt, eine noch größere Rolle.

Auch der Kosovo steht im Fokus der AKP Außenpolitik: „Die Türkei ist Kosovo, Kosovo ist die Türkei“, sagte Erdoğan im Jahr 2013 und unterstrich damit die Verbundenheit der beiden Länder (Kálnoky 2018). Neben Rhetorik nutzt der türkische Staatspräsident auch wirtschaftliche Verflechtungen, um Einfluss weiter auszubauen. Die AKP-Re-

⁷ Während Izetbegović zuvor Gast bei der Hochzeit von Erdoğan's Tochter war, war Erdoğan Zeuge bei der

Hochzeit von Izetbegović's Tochter Jasmina (Trkanjec 2021).

gierung finanziert Investitionen, Kredite, Flughäfen und Banken. Auch Kultur- und Religionsförderungen, Schulen und Studentenheime werden von den Geldflüssen gedeckt. Im Fokus steht dabei vor allem auch die Restaurierung von osmanischen Moscheen und Baudenkmalern. Diese Strategie soll die türkische Präsenz sichtbar machen (Kálnoky 2018). *Diyanet* spielt hier eine tragende Rolle, indem sie den Bau von Moscheen und anderen religiösen Einrichtungen finanziert.

Anfang 2022 besuchte Präsident Erdoğan Albanien. Auch mit dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama pflegt Erdoğan enge persönliche Beziehungen. Während seines Besuchs eröffnete Präsident Erdoğan in der nordalbanischen Stadt Laç einen Wohnkomplex mit 522 Wohneinheiten und 37 Gewerbeflächen, für dessen Bau die Türkei nach dem verheerenden Erdbeben in Albanien im November 2019 42 Millionen Euro bereitstellte (Kajana 2022). Darauf folgte die Einweihung der von der TİKA renovierten Hajji-Et'hem-Bey-Moschee in Tirana, die laut offiziellem Statement „ein Zeichen der Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen den beiden Ländern“ repräsentiert (Daily Sabah 2022)⁸. Die Renovierung der Hajji-Et'hem-Bey-Moschee ist Teil eines im Jahr 2015 durch *Diyanet Vakfi* - die Stiftung des Amtes für Religionsangelegenheiten (Diyanet-Stiftung Türkei) - initiierten Projekts. Im Rahmen dessen soll in Tirana die größte Moschee auf dem Balkan, mit Platz für mehr als 5.000 Menschen und einem Kulturzentrum, entstehen, in dem neben dem Koran auch die türkische Sprache gelehrt werden soll (Ellis 2019). Der Bau dieser Moschee steht unter Leitung der türkischen Baufirma *KOMAŞ A.Ş.*, welche als Organisation der

türkischen Diyanet-Stiftung geführt wird (komasas.com 2022).

Parallel dazu geht es aber auch um die Bekämpfung und Zurückdrängung des Einflusses der Gülen-Bewegung. In seiner Rede vor dem Parlament in Tirana am 17. Januar 2022 erklärte der türkische Präsident ausdrücklich, dass die Unterstützung der Türkei auch an Erwartungen geknüpft sei. Von Albanien werde erwartet, dass es um die Vergiftung der türkisch-albanischen-Beziehung „zu verhindern „sofort Maßnahmen gegen die FETÖ⁹-Strukturen im Land“ ergreifen müsse (Kajana 2022). Allerdings wurden Gülen-Schulen im Ausland sowie die Aktivitäten von Gülen-nahen Geschäftsleuten lange Zeit durch die AKP Regierung selbst aktiv gefördert.

Der Nahe Osten

Der Nahe Osten wurde lange Zeit von der türkischen Außenpolitik vernachlässigt. Über Jahrzehnte hinweg lag der primäre Fokus Ankaras auf den Beziehungen zu den USA und den westeuropäischen Staaten. Die Nahostpolitik nahm von Beginn der AKP Regierung an eine wichtige ideologische, symbolische und machtpolitische Rolle ein. Die AKP konnte sich durch eine stärkere Ausrichtung auf die östliche Nachbarschaft von den Vorgängerregierungen abgrenzen, neue Kontakte aufbauen, Präsenz zeigen und nicht zuletzt pro-AKP Unternehmer:innen neue Kanäle eröffnen.

Die Nahostpolitik beinhaltete neben engeren politischen Kontakten und des Ausbaus des Handels zunächst auch eine Softpower-Strategie. Diese

⁸ Eine ähnliche symbolträchtige Investition stellt die Renovierung des Präsidentenpalasts der Republik Moldau dar. Laut dem offiziellen Entwicklungshilfe-Bericht der Türkei aus dem Jahr 2019 wurde der Palast, der während der Massendemonstrationen im Jahr 2009 beschädigt worden war, auf Ersuchen von Igor Dodon, dem ehemaligen Präsidenten der Republik Moldau, von Präsident Recep Tayyip Erdoğan erneuert. Der neu

renovierte Palast wurde am 17. Oktober 2018 in Anwesenheit des türkischen Präsidenten eröffnet (tika.gov.tr 2019: 61).

⁹ Seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 bezeichnet die türkische Regierung die Gülen-Bewegung als Fethullah-Terror-Organisation, kurz FETÖ.

zielte auf die breite Masse in der Region ab. Türkische Populärkultur flutete in Form von Seifenoperen und Musik Haushalte im Nahen Osten (Al-Ghazzi und Kraidy 2013: 2341). Die türkischen Seifenoperen trugen zur Ankurbelung des Tourismus aus der Region bei. Zudem wollten viele Araber:innen Türkisch lernen. Yunus-Emre-Kulturzentren erlebten einen regelrechten Boom (Jabour 2015: 18).

Präsident Erdoğan konnte von dem wachsenden Interesse an türkischer Populärkultur profitieren. Er gilt aufgrund seines selbstbewussten und kämpferischen Auftretens in der Frage der Palästinenser:innen als authentisch und volksnah. Erdoğan konnte sich somit über Israel-Kritik auch in der Region als Volkstribun, der sich für die Schwachen einsetzt, profilieren (Cumhuriyet.com.tr 2010). Nachdem Erdoğan nach einem Disput mit Israels ehemaligen Premierminister Schimon Peres auf der Jahrestagung in Davos im Jahr 2009 wütend vom Podium gestürmt war, wurde er bei seiner Rückkehr in Istanbul jubelnd empfangen. Dabei wurden neben türkischen auch palästinensische Flaggen geschwenkt (spiegel.de 2009). Die palästinensische Identität wird dabei undifferenziert und einseitig muslimisch wahrgenommen.

Die Ereignisse in den darauffolgenden Jahren im Zuge des Arabischen Frühlings hatten einen wesentlichen Einfluss auf die türkische Positionierung in der Region.

Die sich mit dem Arabischen Frühling verändernde politische Realität im Nahen Osten weckte in Ankara zunächst Hoffnungen auf eine Ausweitung des türkischen Einflusses in der Region. Dementsprechend unterstützte die Regierung die Protestbewegungen im Allgemeinen, nicht zuletzt in der Hoffnung, dass die Türkei in der Demokratisierung der Region eine Rolle spielen könnte.

Die AKP Regierung gab aber bald die Neutralität gegenüber verschiedenen politischen Bewegungen auf und positionierte sich klar auf Seiten der

moderat-islamistischen Kräfte, wie der Muslimbruderschaft. Die Muslimbruderschaft in Ägypten und Syrien bzw. die Ennahda Partei in Tunesien wurden als Schwesterorganisationen der AKP betrachtet. Der Aufstieg islamistischer Bewegungen in Folge der Umbrüche nährte die Hoffnung, dass die AKP über ihre Schwesterorganisationen eine tragende transnationale regionale Rolle spielen könnte (Altunışık 2020: 4). Die AKP bot sich durch Trainings und Beratung als Fürsprecherin und große Schwester dieser Bewegungen an (Günay 2016).

Die engen Beziehungen bzw. der parteiische Ansatz der Außenpolitik wurde insbesondere nach dem Sturz von Präsident Mursi durch das Militär im Juni 2013 deutlich. Das Massaker im August 2013 auf dem Rabaa-al-Adawiya Platz in Kairo, bei dem durch die ägyptischen Sicherheitskräfte mehr als 900 Menschen, mehrheitlich Muslimbrüder, getötet wurden, wurde zu einem Symbol, das Präsident Erdoğan immer wieder im In- und Ausland bedienen sollte (Amnesty International 2019). Erdoğan prangerte mehrfach die blutige Niederschlagung der Proteste der Muslimbrüder an und verurteilte den Westen dafür, dass er die Intervention nicht als Militärputsch qualifizierte.

Im Gedenken an das Massaker am Rabaa-al-Adawiya-Platz nutzte der türkische Präsident immer wieder bei Wahlkampfveranstaltungen den sogenannten Rabia-Gruß, der in Anspielung auf Rabia (Arabisch vier) vier Finger zeigt (Kurier 2017b). Erdoğan setzte sich immer wieder mit der Muslimbruderschaft (MB) bzw. ihrer Verfolgung gleich und bediente damit im inländischen Kontext den Opfermythos. Gründe für die Verbindungen zwischen der AKP und der Muslimbruderschaft sind vor allem auf einer ideologischen Ebene zu verorten. Die Muslimbruderschaft wurde mit den demokratischen Bestrebungen der Massen und damit mit der *milli irade*, dem sogenannten nationalen Willen, gleichgesetzt. Analoges gilt für die Selbstdarstellung der AKP als Trägerin des nationalen Willens und als politisches Organ eines türkischen Volkes, das als organische

Gemeinschaft dargestellt wird. Damit wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der die politische Spaltung, die Rhetorik und die Probleme innerhalb der Türkei auf den Nahen Osten ausgeweitet hat (Gurpinar 2020: 16). Dies wurde durch den gescheiterten Putschversuch noch weiter verstärkt. Auch Erdoğan sieht sich, wie die Muslimbruderschaft, von einer Verschwörung des Militärs sowie einheimischer und ausländischer Kräfte bedroht. Erdoğan vergleicht immer wieder die Gezi Proteste im Juni 2013 mit den Ereignissen in Ägypten und sieht in den Demonstrierenden Putschist:innen, die gegen das wahre Volk und seinen Willen, nämlich die AKP, aufbegehren¹⁰. Diese Rhetorik dient auch als Legitimation für das harte Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte gegen Proteste sowie für die Einschränkung demokratischer Freiheiten in der Türkei.

Auch in der Wahrnehmung der Ereignisse in Ägypten ist die Wahrnehmung der AKP selektiv. Obwohl das al-Sisi Regime in Ägypten auch gegen liberale und linke Oppositionelle hart vorgeht, skizziert Präsident Erdoğan lediglich die MB als Opfer. Das Leid bzw. die Rechte der anderen politischen Gruppen werden weitgehend ignoriert. Somit erkennt Präsident Erdoğan, ähnlich wie im Falle der Palästinenser:innen die Hamas, in Ägypten lediglich die MB als wahre Vertreterin der Demokratie und im weitesten Sinne des ägyptischen Volkes an.

Nach dem Arabischen Frühling entwickelte sich auch der Krieg in Syrien zur kritischen Frage für die außenpolitische Ausrichtung der Türkei. Auch hier setzte die AKP Regierung zunächst auf die Muslimbruderschaft. Diese wurde als Garant für eine gesamtsyrische Lösung gesehen. Mit dem Scheitern der syrischen MB, dem Zusammenbruch der säkularen Opposition und der Freien Syrischen Armee gewannen dschihadistische

Kämpfer die Oberhand im Syrienkonflikt, was innerhalb der Türkei zu einer zunehmenden Kontroverse über die Unterstützung der syrischen Widerstandsbewegung führte (Gurpinar 2020: 11). Die türkische Regierung unterstützt islamistische und turkmenische Kräfte im Kampf gegen die kurdische PYD. Die Untätigkeit der Türkei im Jahr 2014 in der Frage der vom IS bedrohten kurdischen Stadt Kobane in Nordsyrien führte zu einer tiefen Entfremdung vieler Kurd:innen in der Türkei und trug auch zum Ende des Friedensprozesses im Jahr 2015 bei. Auch die türkische Militäroffensive in Nordsyrien im Oktober 2019 spaltete die türkische Gesellschaft in zwei politische Lager und führte sogar in europäischen Ländern zu großflächigen Protesten. Dieses außenpolitische Vorgehen reiht sich ein in eine parteiische Außenpolitik, deren Adressaten türkische sowie sunnitisch-muslimische Akteure sind, während nicht-sunnitische Muslim:innen, Kurd:innen, aber auch säkulare und liberale Kräfte oftmals außer Acht gelassen werden. Die parteiische Außenpolitik der letzten Jahre hat den Aktionsradius der Türkei deutlich verengt. Zudem hat der Fokus auf nicht-staatliche Akteure die Beziehungen zu mehreren Regierungen langwierig belastet.

Conclusio

Eine zusehends auf die innenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Regierungspartei AKP und ihres Führers Recep Tayyip Erdoğan ausgegerichtete Außenpolitik hat zu einer internationalen Isolierung der Türkei beigetragen. Regierungen in West- und Mitteleuropa, auf dem Balkan und im Nahen Osten nehmen die Aktivitäten Ankaras zusehends als Einmischung in innere Angelegenheiten wahr. Insbesondere ist dies der Fall, wo die Regierungspartei bzw. ihr vorgelagerte Vereine

¹⁰ Diese außenpolitischen Handlungen scheinen auch in vielen Ländern die gewünschte Wirkung zu erzielen: Im Gazastreifen, wo die Hamas - ein Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft - regiert, gab es nach dem

gescheiterten Putschversuch in der Türkei Jubelfeiern (Kurier 2017b).

und Organisationen aktiv sind oder wo sich die AKP Politik direkt an nicht-staatliche Akteure richtet.

Während die AKP und Präsident Erdoğan eine Identitätspolitik, die auf die Konstruktion einer transnationalen, durch Erdoğan angeführten Gemeinschaft hinausläuft, eine konservativ-nationalistische Wählerschaft in der Türkei sowie darüber hinaus mobilisieren kann, spaltet diese Politik auch die türkische Gesellschaft weiter. Die Türkei ist heute polarisierter denn je.

Außenpolitisch stößt die AKP an ihre Grenzen. Die parteiische Außenpolitik im Nahen Osten auf Seiten der Muslimbruderschaft musste revidiert werden. Die Türkei leitete einen Annäherungsprozess mit Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein. Auch mit Israel verbesserten sich, trotz keinerlei Veränderungen in der Palästinafrage, die Beziehungen. Hierbei spielte die veritable Wirtschaftskrise, in der sich die Türkei bzw. das System Erdoğan befindet, eine wesentliche Rolle.

Die Systemkrise wirkt sich auch auf die Balkanpolitik aus. Die Agentur TIKKA hat nun deutlich weniger Geld zur Verfügung. Identitätspolitische Prestigeprojekte, wie der Bau einer großen Moschee in Bukarest, können nicht umgesetzt werden. Auch bei anderen geplanten Investitionen, ist die Umsetzung fraglich. Zusammen mit der wirtschaftlichen Schwäche verlieren auch die transnationalen klientelistischen Netzwerke an Bedeutung (Kálnoky 2018).

Ebenso hat die parteiische Diasporapolitik in Europa zu einer Isolation der Türkei geführt. Die

anti-imperialistische Klassenkampfrhetorik kam zwar bei der eigenen Wählerschaft gut an, exponierte und entmündigte aber Migrant:innen weiter. Sie wurden der Spielball zwischen nationalistischen, ausländerfeindlichen und islamophoben Diskursen rechtspopulistischer Parteien und der AKP, die sich als Verfechterin ihrer Rechte statt ihnen in den Ring warf. In mehreren europäischen Ländern werden inzwischen die Aktivitäten von AKP-nahen Vereinen und Organisationen von den Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten mit Argus Augen überwacht.

Nicht zuletzt auch in der Türkei stößt die AKP an ihre Grenzen. Umfragen im Dezember 2021 sehen die Regierungspartei bei nur mehr 24.3 Prozent, als zweitstärkste Kraft hinter der Oppositionspartei CHP (Cumhuriyet.com.tr 2021). Unter der jungen Bevölkerung sieht die Lage für die AKP noch schlimmer aus. Nur 12.5 Prozent geben an, die AKP wählen zu wollen (Haberler.com 2022). Zudem formiert sich auch verstärkter Widerstand auf der Straße. Insbesondere eine starke Frauenbewegung mobilisiert gegen die Regierung (spiegel.de 2021).

Die Vermittlungsversuche im Ukraine-Krieg und die bewusst unparteiische Positionierung Präsident Erdoğan's könnten als Anzeichen für einen Kurswechsel gedeutet werden und lassen hoffen, dass sich dies auch auf andere Bereiche auswirken wird.

Literatur

Al-Ghazzi, Omar und Kraidy, Marwan M. (2013): Turkey, the Middle East & the Media. Neo-Ottoman Cool 2: Turkish Nation Branding in Arabic-Language Transnational Broadcasting. In: International Journal of Communication 7 (2013).

Altunışık, Meliha Benli (2020): The New Turn in Turkey's Foreign Policy in the Middle East: Regional and Domestic Insecurities. Foundation for European Progressive Studies (FEPS). IAI Papers 20/17 – July 2020.

Amnesty International (2019): Egypt: Bitter legacy of Rabaa massacre continues to haunt Egyptians (online) vom 19.09.2019 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/08/egypt-bitter-legacy-of-rabaa-massacre-continues-to-haunt-egyptians/>, Download 31.03.2022.

Baser, Bahar und Öztürk, Ahmet Erdi (2020): Positive and Negative Diaspora Governance in Context: From Public Diplomacy to Transnational Authoritarianism. In: Middle East Critique, Volume 29, Issue 3.

Buyuk, Hamdi Firat (2018): Erdogan Stages Showpiece Election Rally in Bosnian Capital. Balkan Insight (online) <https://balkaninsight.com/2018/05/20/erdogan-sarajevo-rally-is-the-sign-of-his-great-victory-in-coming-elections-05-20-2018/>, Download 29.03.2022.

Cengiz İnşaat (2022): Avrupa'nın ipekyolu'na türk imzasi (online) <https://www.cengiz-in-saat.com.tr/avrupanin-ipekyoluna-turk-imzasi/>, Download 31.03.2022.

Cumhuriyet.com.tr (2022): Artık 'Beşli Çete' denilemeyecek mi? (online) vom 28.03.2022 <https://www.cumhuriyet.com.tr/turkiye/artik-besli-cete-denilemeyecek-mi-1920036>, Download 31.03.2022.

Cumhuriyet.com.tr (2021): Son anket yayımlandı: AKP ilk kez ikinci parti! (online) vom 09.12.2021 <https://www.cumhuriyet.com.tr/galeri/-1891240>, Download 31.03.2022.

Cumhuriyet.com.tr (2010): Ortadoğu'da Erdoğan popülaritesi (online) vom 08.06.2022 <https://www.cumhuriyet.com.tr/haber/ortadoguda-erdogan-popularitesi-151896>, Download 31.03.2022.

Daily Sabah (2022): Erdoğan, Rama to inaugurate Ethem Bey Mosque in Tirana. Daily Sabah (online) vom 17.01.2011 <https://www.dailysabah.com/politics/Erdoğan-rama-to-inaugurate-ethem-bey-mosque-in-tirana/news>, Download 25.01.2022.

Dohrn, Kristina (2017): Die Gülen-Bewegung. Entstehung und Entwicklung eines muslimischen Netzwerks. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (online) <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/a-puz/243031/die-guelen-bewegung-entstehung-und-entwicklung-eines-muslimischen-netzwerks/>, Download 07.03.2022.

Dw.com (2019): Erdogans Macht bröckelt. Deutsche Welle (online) vom 26.06.2019 <https://www.dw.com/de/erdogans-macht-bröckelt/a-49363750>, Download 29.03.2022.

Ellis, Tom (2019): Erdoğan's mosques in the Balkans. Kathimerini English Edition (online) vom 22.01.2019 <https://www.ekathimerini.com/opinion/236852/Erdoğan-s-mosques-in-the-balkans/>, Download 26.01.22.

Glos, Walter und Lange, Nils (2021): Of Bridges and Gateways. Turkey's Regional Power Aspirations. Auslandsinformationen Konrad Adenauer Stiftung <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/von-bruecken-und-toren>, Download 29.03.2022.

Gurpinar, Dogan (2020): Foreign Policy as a Contested Front of the Cultural Wars in Turkey: The Middle East and Turkey in the Era of the AKP. In: Uluslararası İlişkiler, Vol. 17, No. 65.

Günay, Cengiz (2016): Foreign Policy as a Source of Legitimation for "Competitive Authoritarian Regimes": The Case of Turkey's AKP. In: Georgetown Journal of International Affairs, Volume 17, Number 2.

Günay, Cengiz (2012): Die Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute. Böhlau Verlag, Wien.

Güsten, Susanne (2011): Mandate for a New Turkish Era. The New York Times (online) vom 15.06.2011. <https://www.nytimes.com/2011/06/16/world/europe/16iht-M16-TURKEY-POLICY.html>, Download 29.03.2022.

Haberler.com (2022): 2021-22 seçim anketleri! Anket şirketleri tüm seçim anket sonuçları ve son seçim anketleri burada! Kronolojik sırayla CB seçim anketi, anket sonuçları (online) vom 31.03.2022 <https://www.haberler.com/haberler/2020-2021-son-anketler-anket-sirketlerinin-tum-14567816-haberi/>, Download 31.03.2022.

Hanke, Thomas (2020): Erdogan ruft zum Boykott französischer Güter auf – Macron habe „ein Problem mit Muslimen“ Handelsblatt (online) vom 26.10.2020 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-und-frankreich-erdogan-ruft-zum-boykott-franzoesischer-gueter-auf-macron-habe-ein-problem-mit-muslimen/26309872.html>, Download 23.03.2022.

İdil Göğüş, Sezer (2018): Die neue Diasporapolitik der Türkei und Türkeistämmige in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland/>, Download 07.03.2022.

Jabbour, Jana (2015): An illusionary power of seduction? An assessment of Turkey's cultural power in the Arab world in light of its audio-visual presence in the region. In: European Journal of Turkish Studies 21/2015.

Kajana, Gjergji (2022): Albania-Turkey: Erdoğan's visit boosts the bilateral relationship. OBC Transeuropa (online) vom 25.01.2022

<https://www.balcanicaucaso.org/eng/Areas/Albania/Albania-Turkey-Erdoğan-s-visit-boosts-the-bilateral-relationship-215218>, Download 25.01.2022.

Kálnoky, Boris (2018): Wie Erdogan Südosteuropa kaufen will (online) vom 17.10.2018 <https://www.welt.de/politik/ausland/article182271172/Symbolische-Landnahme-Wie-Erdogan-Suedosteuropa-kaufen-will-und-scheitert.html>, Download 23.03.2022.

Komasas.com (2022): Cumhurbaşkanımız Recep Tayyip Erdoğan Arnavutluk Tiran Namazgâh Camii'ni Ziyaret Etti. <https://www.komasas.com/cumhurbaskanimiz-recep-tayyip-erdogan-arnavutluk-tiran-namazgah-camiini-ziyaret-etti/?lang=en>, Download 07.03.2022.

Kurier 2017a: Erdoğan's Referendum startet für Austro-Türken (online) vom 23.03.2017 <https://kurier.at/politik/inland/erdoans-referendum-startet-fuer-108-561-austro-tuerken/254.531.646>, Download 15.03.2022.

Kurier 2017b: Vier Finger für Erdoğan: Was sie bedeuten (online) vom 12.03.2017 <https://kurier.at/politik/ausland/vier-finger-fuer-recep-tayyip-erdogan-was-der-rabia-gruss-bedeutet/251.360.395>, Download 17.03.2022.

Maritato, Chiara; Öktem, Kerem und Zadrozna Anna (2021): Introduction: A State of Diasporas: The Transnationalisation of Turkey and its Communities Abroad. In: *Diaspora: A Journal of Transnational Studies*, Volume 21, Number 2.

Merdjanova, Ina (2013): *Rediscovering the umma. Muslims in the Balkans between Nationalism and Transnationalism*. Oxford: Oxford University Press.

Öcal, Devran Koray (2020): "Like the father's home:" perceived state of the Turkish-Sunni community in Germany. In: *Political Geography* Volume 78, April 2020.

Öztürk, Ahmet Erdi (2021): *Religion, Identity and Power: Turkey and the Balkans in the Twenty-First Century*. Edinburgh University Press.

Öztürk, Ahmet Erdi und Bechev, Dimitar (2022): *Competing over Islam: Turkey, Saudi Arabia and Iran in the Balkans*. Middle East Institute. <https://www.mei.edu/publications/competing-over-islam-turkey-saudi-arabia-and-iran-balkans>, Download 12.01.2022.

Öztürk, Ahmet Erdi und Sözeri, Semiha (2018): *Diyanet as a Turkish Foreign Policy Tool: Evidence from the Netherlands and Bulgaria*. *Politics and Religion*, 11(3).

Seufert, Günter (2019): Ein Präsidialsystem „türkischer Art“. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft. SWP-Studie 4 (online) https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S04_srt.pdf, Download 29.03.2022.

Sueddeutsche.de (2018): Was das neue Präsidialsystem in der Türkei bedeutet (online) vom 22.06.2018. <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-in-der-tuerkei-was-das-neue-praesidialsystem-fuer-veraenderungen-bringt-1.4023748>, Download 22.03.2022.

Spiegel.de (2021): Türkinnen demonstrieren gegen Austritt aus Istanbul-Konvention. „Wir haben keine Angst!“ (online) vom 27.03.2021 <https://www.spiegel.de/ausland/tuerkei-erneut-proteste-gegen-austritt-aus-istanbul-konvention-a-f11bb4bb-eb6d-483c-8bb7-958ecf578cc3>, Download 31.03.2022.

Spiegel.de (2009): Gaza-Streit mit Peres. Tausende Türken feiern Erdogan nach Eklat in Davos (online) <https://www.spiegel.de/politik/ausland/gaza-streit-mit-peres-tausende-tuerken-feiern-erdogan-nach-eklat-in-davos-a-604478.html>, Download 29.03.2022.

Szerencsés, László (2021): Inclusion And Repression In Turkey's Diaspora Policies In Kosovo As A Tool Of Loyalty Building In Religious Circles. In: *Diaspora: A Journal of Transnational Studies*, Volume 21, Number 2.

Tika.gov.tr (2019): Turkish Development Assistance Report. <https://www.tika.gov.tr/upload/2020/02/kyk%202018/TurkiyeKalkinma2018ENGWeb.pdf>, Download 18.03.2022.

Trkanjec, Zeljko (2021): Erdogan, godfather to daughter of Bosniak SDA party leader. Euractiv.hr (online) https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/erdogan-godfather-to-daughter-of-bosniak-sda-party-leader/, Download 29.03.2022.

White, Jenny B. (2014): *Muslim Nationalism and the New Turks*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Yabanci, Bilge (2021): Home State Oriented Diaspora Organizations and the Making of Partisan Citizens Abroad: Motivations, Discursive Frames, and Actions Towards Co-Opting the Turkish Diaspora in Europe. In: *Diaspora*, 21(2).